

An den
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Pit Clausen

Bielefeld, den 09.11.2021

**„Handlungsoptionen Radentscheid“ –
Antrag der FDP-Fraktion zur Sitzung des Rates am 11.11.2021**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zu o.g. Sitzung stellen wir folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

Die Verwaltung und insbesondere die neue Verkehrsdezernentin bzw. der neue Verkehrsdezernent werden beauftragt, schnellstmöglich Handlungsoptionen zu entwickeln, mit denen die Stadt Bielefeld die Verpflichtungen aus dem mit den Initiatoren des Radentscheids geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrag den realistischen Möglichkeiten der Stadt anpassen kann und diese Optionen im Hauptausschuss vorzustellen. Juristische Szenarien sind dabei ebenso zu betrachten wie Neuverhandlungen. Ziel muss es sein, eine realistische Grundlage für eine Verkehrspolitik zu erhalten, die von einer großen Mehrheit in der Stadt getragen wird.

Begründung

Der zwischen der Stadt Bielefeld und den Initiatoren des Radentscheids geschlossene öffentlich-rechtliche Vertrag wird mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht erfüllt werden können und hat sich als ungeeignet erwiesen, Grundlage einer modernen, konsensorientierten Verkehrspolitik zu sein. Insbesondere die quantifizierte Vorgabe zur jährlichen Schaffung mind. 2,3 m breiter Radwege an Hauptverkehrsstraßen wird den Anforderungen einer Flächengroßstadt nicht gerecht und schränkt daher den Handlungsspielraum für politische Entscheidungen mit breitem Rückhalt in der Stadt übermäßig ein.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Maik Schlifter
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bielefeld